Turnerbund erhält mehr Zuschuss für Hallendach

Gewaltige Kostensteigerungen treffen den Turnerbund Wilferdingen (TBW) bei der laufenden Sanierung seines Hallendachs. Im September 2022 hatte der Gemeinderat Kosten in Höhe von 340.000 Euro als zuschussfähig anerkannt und einem aufgrund der Schulsportnutzung erhöhten Zuschuss von 40 Prozent (maximal 136.000 Euro) zugestimmt. Nun ist der anerkannte Kostenrahmen auf knapp 570.000 Euro gestiegen, wofür der TBW eine Erhöhung der Bemessungsgrundlage sowie einen nochmals erhöhten Zuschuss von 50 Prozent (maximal 285.000 Euro) beantragte. „Das ist viel Geld, aber auch ein riesiger Batzen für den Verein, den er alleine nicht stemmen kann“, betonte Bürgermeisterin Julia Wieland und verwies auf die besondere Bedeutung für den Schulsport – auch als Ausweichort während einer möglichen Sanierung der Turnhalle und des Hallenbads in Singen. „Wir haben als Gemeinde ein besonderes Interesse und können den Verein nicht hängen lassen“, argumentierte auch Thomas Walch (CDU), während Wolfgang Oechsle (Bürgerliste) erklärte: „Das ist eine Win-Win-Situation. Die Gemeinde hat sich hier wie in Nöttingen einen eigenen Bau erspart und der Verein muss zum Wohle der Gemeinde überleben.“ Ebenso einstimmig stimmte der Rat dem Antrag von Volker Bräuninger (SPD) zu, die Förderung nicht wie ursprünglich vorgesehen auf Raten, sondern nach Baufortschritt auszubezahlen. Den Mehraufwand will die Gemeinde durch einen ohnehin im Januar anstehenden Nachtragshaushalt decken. Wie berichtet übernimmt derweil ein Investor in kompletter Eigenregie die Photovoltaikpflicht auf der sanierten Dachfläche. Die Dachmiete an den Verein sei gemessen an den Sanierungskosten jedoch völlig zu vernachlässigen, erfuhr Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung).

Neue Stelle zur Digitalisierung in Remchingen geplant

Das Remchinger Rathaus soll zukünftig einen Digitalisierungsbeauftragten bekommen. Einstimmig gab der Gemeinderat grünes Licht für die Schaffung einer neuen Stelle, die sich unter anderem mit der Einführung zeitgemäßer Dienstleistungen für die Bürger, eines Dokumenten-Management-Systems (DMS), der eAkte oder der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes beschäftigen soll. „Wenn man Vorreiter sein will, muss man auch bereit sein, zu investieren“, plädierte Bürgermeisterin Julia Wieland für die Stellenschaffung, die insgesamt auch die Gemeinde als Arbeitgeber attraktiver machen könne, „Homeoffice und Online-Terminfindungen werden immer mehr nachgefragt und möglicherweise gibt es irgendwann einen Livestream aus der Ratssitzung.“ Felix Casper (CDU) und Ute Praefcke (Bürgerliste) fragten nach, ob es angesichts der schnelllebigen IT-Entwicklungen nicht sinnvoller sei, einen externen Dienstleister dafür zu beauftragen. Wieland argumentierte dagegen, dass so eine Stelle innerhalb des Verwaltungsteams Vertrauen und eine enge Zusammenarbeit erfordere. Ebenso genehmigte der Rat IT-Ersatzbeschaffungen für das Rathaus und Außenstellen zum Preis von insgesamt 66.000 Euro.

Flüchtlingsunterkunft in Nöttingen könnte 2024 gebaut werden

Im neuen Jahr sollen die Bagger für die Errichtung der bereits vor zwei Jahren geplanten Flüchtlingsunterkunft mit 32 Plätzen an der Nöttinger Lailingstraße rollen, erfuhr Felix Casper (CDU) bei der vergangenen Ratssitzung auf Nachfrage. Während Christian Wallisch (CDU) erfuhr, dass die Fußgängerbrücke über das Nöttinger Hochwasserrückhaltebecken nach Fertigstellung der dortigen Pegelmessungen demnächst wieder geöffnet werde, wies Martin Gegenheimer (CDU) auf eine gefährliche Pfützenbildung an der Senke am Nöttinger Ortseingang hin. Thomas Walch (CDU) schlug vor, einen kleinen weiteren Fahrradparkplatz vor dem Remchinger Gymnasium zu errichten, damit die Schüler am Ende des im Bau befindlichen neuen Radwegs von der Neuwiesenstraße her kommend nicht auf die Straße wechseln müssen. Bürgermeisterin Julia Wieland erklärte, dass sie mit der Schulleiterin bereits in entsprechenden Gesprächen stehe.

Fragen des Gemeinderats

Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung) erfuhr auf Nachfrage, dass eine Natursteinmauer auf Teilen des Singener Sägewerksgeländes zur Dajasstraße hin ohne Genehmigung des Bauamts

errichtet worden sei. Kurt Ebel (CDU) fragte, warum das Brauhaus im Rathaus in letzter Zeit deutlich später öffne und den Mittagstisch ausfallen ließe. Er verwies auf entsprechende vertragliche Vereinbarungen, die eine Öffnung ab 11 Uhr vorsehen würden. Bürgermeisterin Julia Wieland erklärte, sie habe dazu keine Information erhalten. Auf Nachfrage führte Inhaber Jochen Martin die verkürzten Zeiten unter anderem auf personelle Gründe zurück – er wolle baldmöglichst aber wieder zum Mittag öffnen.

Sanierung der Kirchenmauer zieht sich noch

Aufgrund der immer höheren Nachfrage nach Urnenbestattungen beschloss der Gemeinderat Remchingen die Beschaffung von zwei weiteren Urnensäulen in Kreuzform für den Friedhof Wilferdingen (inklusive Montage rund 33.000 Euro) sowie einer weiteren für den Friedhof Singen (rund 18.000 Euro). In diesem Zusammenhang erfuhrt Felix Casper (CDU) auf Nachfrage, dass die sanierungsbedürftige Kirchen- und Friedhofsmauer in Nöttingen Angelegenheit der evangelischen Kirchengemeinde sei und das Bauamt derzeit keine Informationen habe, wann die Mauer saniert werde. Wie berichtet, mussten dadurch Teile des dortigen Gehwegs gesperrt werden.

Eintritt ins Freibad wird nicht teurer

Wenn auch mit wetterbedingt leicht weniger Besuchern als im Vorjahr verzeichnet die Gemeinde Remchingen eine erfolgreiche Freibadsaison 2023, wie der stellvertretende Kämmerer Matthias Schüle berichtete. Die Gemeinde zählte insgesamt 90.210 Eintritte. 3.084 Besucher kauften sich eine Dauerkarte und kamen damit im Schnitt 27 Mal. Die meisten Besucher kamen im September zum spätsommerlichen Sonnenschein, die beliebtesten Badetage waren mit Abstand die Sonntage. Durch die Parkgebühren erwirtschaftete die Gemeinde 23.600 Euro.

Gute Nachrichten hatte Schüle auch für 2024: Die Gemeinde wolle die Preise konstant halten und Dutzendkarten wieder einführen. Außerdem können Dauerkarten per Überweisung verlängert oder nun auch wieder unter der Saison in der Kulturhalle erworben werden. Der Vorverkauf startet im Dezember. An der Stelle des früheren Piratenschiffs soll es eine neue Attraktion für Kinder geben. Das schöne Septemberwetter sei ein jahresspezifisches Phänomen gewesen, weshalb sich eine pauschal längere Öffnung nicht lohne, erfuhr Volker Bräuninger (SPD) auf Nachfrage. Ute Praefcke (Bürgerliste) bat, die im Rahmen der Energiekrise leicht gesenkte Wassertemperatur wieder zu erhöhen. Christian Roser (CDU) regte an, für Remchinger Bürger einen Benefit durch vergünstigte Saisonkarten zu ermöglichen.

Remchinger Wald soll noch ökologischer werden

Im Zuge des bundesweites Förderprogramms „Klimaangepasstes Waldmanagement“ legt Remchingen fünf Prozent seiner Gemeindewald-Fläche für bis zu 20 Jahre still. Das entspricht 28,5 Hektar, für deren Nicht-Nutzung die Gemeinde einen jährlichen Zuschuss von 55.000 Euro erhält. Revierförsterin Sarah Zwerenz und der stellvertretende Forstamtsleiter Michael Gerster präsentierten dem Gemeinderat die entsprechenden Gebiete, die ohnehin schon extensiv genutzte Flächen beinhalten, wobei der bereits bestehende Bannwald ausgenommen ist. Maßnahmen zur Verkehrssicherung sind unter Belassung des Holzes im Wald weiter möglich. Außerdem sieht die Förderung die Auswahl von Habitatsbäumen, die Waldverjüngung und den weitestgehenden Verzicht auf Pflanzenschutzmittel vor. Der Rat stimmte einstimmig zu. Klaus Fingerhut (Grüne) hinterfragte den ökologischen Mehrwert, wenn man ohnehin extensive Flächen auswähle: „Was verändert sich außer dem Zuschuss?“

Mehrheitlich stimmte der Rat bei der anschließenden Eigentümerzielsetzung auf Antrag von Till Siegenthaler (Grüne) dafür, dass das Kernziel „Ökologie“ künftig vor der „Ökonomie“ steht.

An erster Stelle bleiben soll jedoch das Ziel der „sozialen“ Waldbewirtschaftung, worunter unter anderem Nachhaltigkeit und Öffentlichkeitsarbeit fallen. Insgesamt soll durch die Waldbewirtschaftung und den Holzverkauf weiterhin eine „schwarze Null“ erreicht werden. Auf Antrag von Christian Roser, Martin Gegenheimer (beide CDU) sowie Lothar Scheurer (Bürgerliste) stimmte der Rat für eine Streichung der Formulierung, dass bei auslaufenden Pachtverträgen alternative Jagdmodelle geprüft werden könnten. Es gebe je nach Revier hier und da Verbesserungspotenzial

und man wolle Spielraum lassen, argumentierte Zwerenz für die Formulierung. „Die Jäger sollen weiter aus der Mitte der Bevölkerung kommen und sich engagieren, anstatt Berufsjäger einzustellen“, bekräftigte Gegenheimer den Antrag.
Antje Hill (SPD) erinnerte angesichts des „sozialen“ Ziels an den bereits vor 15 Jahren von ihrer Fraktion geäußerten Wunsch eines Friedwalds: „Damals hatten wir nicht genug Verständnis in diesem Gremium, aber die Bestattungskultur hat sich mittlerweile stark verändert, jetzt sollte es ein Umdenken geben.“ Auch Gerster bekräftigte, dass dieses Thema derzeit im Land „boomt“. Dazu brauche es neben einem geeigneten Standort und der Verkehrssicherung ein entsprechendes Antragsverfahren.